



Das Bielefelder Kooperationsmodell Streetwork

 www.bielefeld.de

**Bericht aus
der Praxis und
Fallbeispiele**



Inhalt

1	Streetwork im Kooperationsmodell – Lagebild sozialer Entwicklungen auf der Straße	3
2	Bahnhofsumfeld im Fokus: Erfolge und aktuelle Herausforderungen	6
2.1	Engagement vor Ort: Vernetzung ehrenamtlicher Initiativen	6
2.2	Zwischen Konsum und Versorgung: Gesundheit auf der Straße	6
2.3	Besondere Lebenslagen: Frauen im öffentlichen Raum	7
3	Blick auf den Kesselbrink: Grenzen und Lösungsansätze	8
3.1	Neue Wege der Unterstützung: Geflüchtete Menschen und das Peer-Projekt	8
3.2	Zukunft im Blick: Perspektiven junger Menschen	9
4	Aufsuchende Arbeit in der Innenstadt: Hürden und Chancen	11
4.1	Lebensrealitäten von EU-Bürger*innen in Bielefeld	11
4.2	Obdachlosigkeit: Herausforderungen und Bedarfe in Bielefeld	12
5	Handlungsempfehlungen für eine wirksame Unterstützung	13
6	Fazit	16
7	Anhang: Ergänzende Eindrücke aus Fallbeispielen	18
7.1	Fallbeispiel 1: Herr Shevchenko (Name anonymisiert)	18
7.2	Fallbeispiel 2: Herr Bartosz (Name anonymisiert)	19
7.3	Fallbeispiel 3: Zwei polnische Frauen	19

Streetwork im Kooperationsmodell – Lagebild sozialer Entwicklungen auf der Straße

Das Kooperationsmodell Streetwork wurde 2023 von dem Büro für Sozialplanung der Stadt Bielefeld, der Bahnmissionsmission der Diakonie für Bielefeld, dem Sozialdienst von Bethel.regional, der Drogenberatung Bielefeld und der Aidshilfe Bielefeld gegründet. Insgesamt sind sieben Fachkräfte als Streetworker*innen in Bielefeld unterwegs. Gemeinsame Einsätze in unterschiedlichen Tandems helfen, die Expertise der verschiedenen Träger gemeinsam auf die Straße zu bringen, Menschen effizient und ohne Doppelstrukturen zu unterstützen und die Situation in Bielefeld in ihrer Gesamtheit zu betrachten. Die Zusammenarbeit wird exemplarisch anhand des *Fallbeispiels 1* („Herr Shevchenko“) in Kapitel 7 erläutert. Sämtliche in diesem Bericht verwendeten Fallbeispiele wurden anonymisiert. In ihren Einsätzen dokumentieren die Streetworker*innen datenschutzkonform ihre Arbeit, sodass eine gemeinsame Datengrundlage – sozusagen ein Lagebild der „Straße“ – entsteht. Dafür wird ein standardisierter Bogen verwendet. Aufgrund der besonderen Zielgruppe der Aidshilfe (Sexarbeiterinnen) erhebt das Angebot eigene Daten.

Wenn im Folgenden von „den Streetworker*innen“ die Rede ist, sind immer die Streetworker*innen des Kooperationsmodells gemeint.

Wichtige Erkenntnisse aus der Datenerhebung:

a) Mehr Kontakt zu EU-Bürger*innen und Menschen mit Fluchthintergrund

Es gibt einen Anstieg von Kontakten der Streetworker*innen zu Menschen mit Fluchthintergrund. Dieser hängt eng mit dem Beginn des Peer-to-Peer-Projektes mit dem Verein Afrika Wakati e.V. zusammen. Das Projekt eröffnet immer wieder einen verbesserten Zugang durch die Unterstützung der sog. „Peers“ mit ähnlicher Lebensgeschichte und/oder mit entsprechenden Sprachkenntnissen. Einen Anstieg von Menschen mit

Fluchthintergrund, die sich vermehrt am Kesselbrink aufhalten, geben die Zahlen nicht wieder. Im Mai und Juni 2025 wurden verstärkt rumänische Staatsbürger*innen aufgesucht. Dabei haben die Streetworker*innen mit einer Sprachmittlerin zusammengearbeitet.

b) Hürden bei der Hilfevermittlung für Menschen, die nicht aus Bielefeld stammen

Die Streetworker*innen kommen im öffentlichen Raum mit vielen Personen in den Kontakt, die aufgrund ihrer (letzten) Meldeadresse oder des Aufenthaltsstatus häufig keine Ansprüche auf Unterstützungsangebote haben. Ihre Heimatkommunen bzw. Kommunen der Zuweisung sind für alle Hilfen zuständig, z.B. wenn sie wohnungslos werden und dann ordnungsrechtlich untergebracht werden müssen. Ungefähr jede sechste Beratung findet mit einer Person statt, die das Hilfesystem nicht vollständig nutzen kann. Die Streetworker*innen versuchen in diesen Fällen z.B. Hilfen in der zuständigen Kommune zu kontaktieren und bieten eine Überleitung an. Gleichzeitig ist die Anzahl der Menschen, die ausschließlich aufgrund von Wohnungslosigkeit Unterstützung benötigen, eher zurückgegangen. Vielmehr werden Problemlagen komplexer, wodurch die Menschen auch Hilfen zur Berufsvorbereitung, Arbeitsmarktintegration, psychiatrische Unterstützung oder Angebote der Suchthilfe in Bielefeld in Anspruch nehmen möchten, obwohl für diese Leistungen formal die jeweilige Herkunftskommune zuständig ist.

c) Sinkender statistischer Anteil wohnungsloser Nicht-Bielefelder*innen trotz steigender Beratungszahlen

In der Datenauswertung zeigt sich, dass die Anzahl der Beratungen von Nicht-Bielefelder*innen¹ steigt, während der Anteil wohnungsloser Personen unter den Nicht-Bielefelder*innen sinkt. Grund dafür ist, dass sich aktuell viele Personen in Bielefeld aufhalten, die an Angebote der Wohnungsnotfallhilfe in den umliegenden

¹ Als Nicht-Bielefelder*innen gelten Menschen, die nicht in Bielefeld gemeldet sind oder keine Meldeadresse in Bielefeld hatten. Die Zahlen ergeben sich aus den Kontakten mit Menschen aus anderen Städten, aus europäischen Ländern sowie Menschen mit Fluchthintergrund

Kommunen und Kreisen angebunden sind oder sogar eine eigene Wohnung haben. Sie schlafen dennoch im öffentlichen Raum in Bielefeld, da sie beispielsweise bis spät in die Nacht dem Druck der Beschaffung und des Konsums von Drogen unterliegen. Zudem existieren weiterhin hohe sprachliche Barrieren, die es den Streetworker*innen erschweren, mehr über die Unterbringungs- und Wohnsituation der Klient*innen zu erfahren. Somit werden viele (neue) Personen, die ihren Lebensmittelpunkt in Bielefeld haben, statistisch in dieser Kategorie noch nicht erfasst.

d) Rückläufige Kriseninterventionen trotz anhaltend hoher Belastungen

Die bisherige Auswertung des Jahres 2026 zeigt rückläufige Zahlen hinsichtlich von medizinischen und psychiatrischen Kriseninterventionen in den regelhaften Einsätzen des Kooperationsmodells. Außerhalb der regelhaften Einsätze kam es jedoch wiederholt zu zeitintensiven Begleitungen in die Wundspreekstunde im Drogenhilfeszentrum, zu Streetmed und in verschiedene Krankenhäuser und Entgiftungsbehandlungen.

Im Jahr 2026 war das Kooperationsmodell häufiger in Fälle involviert, in denen sich der gesundheitliche Zustand dramatisch verschlechterte. Mindestens zehn Personen davon sind verstorben.

Aufgrund einer höheren Handlungsfähigkeit der Streetworker*innen sind psychiatrische Kriseninterventionen seltener geworden. Die intensivere Zusammenarbeit mit dem Krisendienst und dem Sozialpsychiatrischen Dienst ermöglichte es, Menschen frühzeitig im Blick zu behalten und dadurch akute Krisen häufiger zu verhindern. Zudem ist auch die Polizei häufiger vor Ort und interveniert ebenfalls in Krisensituationen.

Die erhobenen Daten der Kalenderjahre 2024, 2025 und der ersten beiden Quartale von 2026 sind der folgenden Tabelle *Tab. 1 Kooperationsmodell Streetwork* zu entnehmen. Die personenbezogenen Kategorien „Beratungen auf der Straße“, „Geschlecht“, „Herkunft“ etc. zählen Kontakte und nicht Personen. Die Angaben basieren sowohl auf Informationen über die Personen als auch auf Einschätzungen der Streetworker*innen.

Tab. 1 Kooperationsmodell Streetwork

	2024	2025	2026 (1. u. 2. Quartal)
Allgemeine Daten			
Beratung auf der Straße	707	1131	449
Geschlecht			
Männlich	501 (70,68%)	835 (73,83%)	333 (74,16%)
Weiblich	182 (25,74%)	293 (25,91%)	115 (25,61%)
Divers	2 (0,28%)	3 (0,27%)	1 (0,22%)
Unbekannt	22 (3,11%)	0 (0%)	0 (0%)
Herkunft			
Bielefeld	421 (59,55%)	575 (51,85%)	200 (44,72%)
Andere dt. Städte	97 (13,72%)	198 (17,85%)	56 (12,36%)
Länder in der EU	68 (9,62%)	142 (12,8%)	92 (20,45%)
Flucht/Drittstaaten	63 (8,91%)	216 (19,48%)	101 (22,47%)
Unbekannt	58 (8,2%)	0 (0%)	0 (0%)
Nicht-Bielefelder*innen	228 (40,45%)	554 (48,98%)	249 (55,46%)
Wohnungslosigkeit bei Nicht-Bielefelder*innen			
Wohnungslose	109 von 228 (47,81%)	136 von 554 (24,55%)	36 von 249 (14,46%)
Alter			
U18	33 (4,67%)	39 (3,52%)	13 (2,9%)
U27 (ab 2025 U30)	121 (17,11%)	276 (24,89%)	108 (24,05%)
Ü27 (ab 2025 Ü30)	417 (58,98%)	794 (71,6%)	328 (73,05%)
Unbekannt	125 (17,68%)	0 (0%)	0 (0%)
Krisenintervention			
Medizinisch	22 (13,58% aller Einsätze)	13 (4,85% aller Einsätze)	1 (0,98% aller Einsätze)
Psychiatrisch	6 (3,7% aller Einsätze)	14 (5,22% aller Einsätze)	1 (0,98% aller Einsätze)
Nicht-Nutzung von Hilfen			
Nutzt Hilfen nicht	2024 nicht erfasst	192 von 1131 (16,98%)	94 von 449 (20,94%)
Gründe der Nicht-Nutzung			
Suchterkrankung		80 (41,67%)	32 (34,04%)
Psychiatrische Erkrankung		29 (15,2%)	10 (10,64%)
Zugang (rechtliche Hürde)		83 (43,23%)	52 (55,32%)
Daten der Aidshilfe			
Streetwork-Einsätze		191	
Erreichte Frauen (nicht mehrfach gezählt)		56	
Einzelkontakte gesamt		1104	

Anmerkung: Die Zahlen sind bereinigt und ergeben jeweils 100%.

Bahnhofsumfeld im Fokus: Erfolge und aktuelle Herausforderungen

2.1 Engagement vor Ort: Vernetzung ehrenamtlicher Initiativen

Neben den Streetworker*innen des Kooperationsmodells und der Bahnmissionsmission als niedrigschwellige Anlaufstelle im Bahnhofsumfeld sind im Umfeld des Hauptbahnhofs verschiedene Vereine und kirchliche Initiativen ehrenamtlich aktiv, die Menschen unterstützen.

Lange Zeit agierten die Initiativen ohne eine regelmäßige Vernetzung untereinander. Kooperationen mit Angeboten der Wohnungsnotfall- oder Suchthilfe fanden nicht regelhaft statt. Mit Beginn des Kooperationsmodells Streetwork und der Etablierung einer Streetwork-Stelle bei der Bahnmissionsmission wurde die Vernetzung der ehrenamtlichen Akteure im Bahnhofsumfeld verbessert. Dadurch vermitteln die ehrenamtlichen Akteure hilfesuchende Personen häufiger an die Sozialarbeiter*innen weiter und es kommt nicht mehr zu Dopplungen, wer wann vor Ort aktiv ist.

In Abstimmung mit den Initiativen ist es gelungen, eine Überversorgung der Menschen, z.B. durch zu viele Kleidungs- und Essensspenden am Bahnhof, zu verringern. So setzen alle helfenden Akteure gemeinsam weiterhin Anreize, dass sich Menschen auf der Straße langfristige und nachhaltige Unterstützung im Bielefelder Hilfesystem suchen und die entsprechenden Einrichtungen dafür nutzen, anstatt auf der Straße zu bleiben.

2.2 Zwischen Konsum und Versorgung: Gesundheit auf der Straße

Die aufsuchende Arbeit der Streetworker*innen und die enge Verbindung zum Drogenhilfeszentrum ist ein wesentlicher Bestandteil einer wirksamen Sucht- und Drogenhilfe für Menschen mit komplexen gesundheitlichen und psychosozialen Problemlagen. Die Streetworker*innen sind insbesondere am Bahnhof mit dem Thema Sucht und komplexen gesundheitlichen Herausforderungen konfrontiert. In der offenen Drogenzene, die sich dort trifft, wird überwiegend Crack (Kokain) konsumiert.



Spiegel

Crack-Konsum kann sehr schnell zu einer starken körperlichen und psychischen Abhängigkeit führen. Die Droge wirkt intensiv, aber nur kurz, was häufig zu wiederholtem Konsum in kurzer Zeit verleitet. Dadurch geraten viele Betroffene in eine Abwärtsspirale aus sozialem Rückzug, finanziellen Problemen und gesundheitlichem Verfall. In vielen Fällen geht dies mit Verelendung einher, da Alltag, Beziehungen und Lebensperspektiven zunehmend verloren gehen. Für die Betroffenen steht die Beschaffung der Substanzen aufgrund des hohen Konsumdrucks im Mittelpunkt, weshalb es häufig kaum möglich ist, die gesundheitliche Situation durch Behandlungen, die auch die Einhaltung von Terminen und Krankenhausaufenthalten erfordern, zu verbessern.

Für die Streetworker*innen ergeben sich daraus große Herausforderungen, da Betroffene oft schwer erreichbar sind. Sie übernehmen durch ihre aufsuchende Arbeit eine zentrale Lotsenfunktion im Sucht-Hilfesystem und koordinieren nach Möglichkeit bedarfsgerecht die notwendigen Unterstützungsleistungen. Vor allem in diesem Jahr wurden viele Menschen in medizinische Systeme begleitet. Aufgrund vieler ungeklärter Perspektiven kontaktierten die Streetworker*innen die Wohnungsnotfallhilfen, gesetzliche Betreuer*innen und Beratungsstellen zur Weitervermittlung in die Eingliederungshilfe.

Darüber hinaus gibt es Erkenntnisse, die gravierende Folgen haben: So wird beispielsweise das Fehlen eines nächtlichen Aufenthalts registriert, da viele Menschen keinen geregelten Tag-Nacht-Rhythmus haben. Es ist kaum möglich, diese Menschen in vorhandene Unterkünfte zu vermitteln, die darauf ausgerichtet sind, Menschen einen konstanten Schlafplatz für die Nacht zur Verfügung zu stellen. Eine ungeklärte Schlafsituation und Witterungseinflüsse tragen entsprechend zum körperlichen Verfall obdachloser Menschen mit Suchterkrankung bei.

2.3 Besondere Lebenslagen: Frauen² im öffentlichen Raum

Die Aidshilfe Bielefeld fährt den legalen Straßenstrich an und kümmert sich darüber hinaus um drogenkonsumierende Frauen, die in der Nähe des Bahnhofes der sog. Beschaffungsprostitution nachgehen. Beschaffungsprostitution beschreibt das Anbieten sexueller Dienstleistungen, um finanziell oder materiell (z.B. Drogen) von der Dienstleistung zu profitieren. Die Frauen stehen im Rahmen ihrer Dienstleistung häufig in einem Abhängigkeitsverhältnis zu Männern, die ihre Macht über sie ausnutzen und auch Gewalt anwenden.

Häufig erschweren prekäre Lebenslagen, Suchterkrankungen oder Abhängigkeiten von Dritten eine stabile Kontaktaufnahme und kontinuierliche Unterstützung. So ist der Kontakt, auch aufgrund von Scham und dem Wissen über die Illegalität der Dienstleistung, zunächst flüchtig und der Vertrauensaufbau dauert lange. Zudem sind die Streetworker*innen oft mit akuten Krisensituationen konfrontiert, etwa bei gesundheitlichen Problemen durch Substanzkonsum oder das Leben auf der Straße sowie bei Ausbeutung oder Gewalt durch Männer. In vielen Fällen gelingt durch die intensive Zusammenarbeit mit dem Sozialpsychiatrischen Dienst/Krisendienst eine psychiatrische Versorgung.

Aufgrund baulicher Maßnahmen an der Tüte, die die Laufwege verändert haben, stehen derzeit zunehmend mehr männliche Sexkäufer (Freier) direkt am Treffpunkt der Drogenszene. Es entsteht eine konflikträchtige Mischung aus Sexkäufern, Konsument*innen und Frauen, die der Beschaffungsprostitution nachgehen. Zwischen den Konsument*innen und Sexkäufern kommt es regelmäßig zu verbalen Auseinandersetzungen, die auch Passant*innen und anderen Menschen im Umfeld deutlicher auffallen.

Seit Anfang 2025 gibt es die humanitäre gynäkologische Sprechstunde des Bielefelder Gesundheitsamtes sowie die monatlich stattfindende Frauenöffnungszeit im Drogenhilfezentrum. Frauen, die nicht krankenversichert sind oder aus anderen Gründen keine Regelversorgung in Anspruch nehmen wollen oder können, werden bei beiden Angeboten anonym und kostenlos im Falle einer Schwangerschaft oder sonstigen gynäkologischen Fragestellungen durch die Mitarbeiterinnen unterstützt. Niedrigschwellige Zugänge werden mit und durch die Streetworker*innen geschaffen.

2 Der Begriff Frauen wird hier inklusiv verwendet und schließt auch nicht-binäre, trans und weitere queere Personen ein.

Blick auf den Kesselbrink: Grenzen und Lösungsansätze

3.1 Neue Wege der Unterstützung: Geflüchtete Menschen und das Peer-Projekt

Als zentrale Zugangshürden für Menschen mit Fluchthintergrund in das Bielefelder Hilfesystem wurden Sprachbarrieren, kulturelle Unterschiede sowie ein erschwerter Beziehungsaufbau zu verschiedenen sozialen Beratungsangeboten aufgrund fehlender Vertrauensbasis identifiziert. Bei dem Abbau von Vorbehalten hat besonders die häufige Zusammenarbeit der Streetworker*innen mit der unabhängigen Migrationsberatung, wie z. B. IMAG e.V., AK Asyl e.V. Bielefeld und Refugee Law Clinic Bielefeld, gut funktioniert.

Der Verein Afrika Wakati e.V. konnte als verbindlicher Projektpartner einbezogen werden, da dieser über enge Kontakte zu den relevanten Communities³ verfügt, die jeweilige Sprache spricht, die Aufenthaltsorte kennt und durch einen Peer-to-Peer-Ansatz einen vertrauensvollen Zugang ermöglicht. Bei der Beratung und Unterstützung von Menschen mit Fluchthintergrund durch die Streetworker*innen und die Peerberater*innen wird immer wieder deutlich, dass die Zuweisungspraxis des Landes (NRW) die Menschen vor große Herausforderungen stellt. Kurzfristige Ortswechsel im Rahmen der Zuweisung erschweren die Perspektivbildung und Integration an einem Ort. Die Suche nach geeignetem und bezahlbarem Wohnraum sowie nach passenden Arbeitsplätzen, Ausbildungsmöglichkeiten oder einer Tagesstruktur ist schwierig und nicht kurzfristig möglich. Oft suchen die Menschen eine Perspektive in Bielefeld, obwohl sie einer anderen Kommune zugewiesen wurden, da sie hier bereits soziale Kontakte haben. Die Personen können aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen häufig keine kommerziellen Freizeitangebote nutzen und halten sich

entsprechend draußen auf, um ihre sozialen Kontakte zu pflegen. Das Land NRW betreibt auch im Umland von Bielefeld verschiedenen Einrichtungen zur Betreuung und Unterbringung von Asylsuchenden (z.B. in Herford, Lage und Gütersloh). Personen, die dort untergebracht sind, finden ihren Weg nach Bielefeld. Dies liegt an der Attraktivität, der besseren Infrastruktur und den zahlreicheren, oft auch öffentlichen, kulturellen Angeboten, aber auch weil viele unterschiedliche Communities in Bielefeld zusammenkommen.

Häufig haben die Menschen einen Zugang zum Arbeitsmarkt – sofern eine Arbeitserlaubnis besteht – in für sie belastenden Beschäftigungsverhältnissen: Schichtarbeit, Niedriglohnsektor und Befristungen sind die Regel. Finanzielle Zwänge, wie die eigenen Lebenshaltungskosten oder auch Schulden, erlauben es vielen dieser Menschen nicht, während einer Ausbildung oder Qualifizierungsmaßnahme auf Einkommen zu verzichten, sodass der Wille zu einer Weiterqualifizierung oftmals nicht gestützt werden kann. Aus Abhängigkeit vom öffentlichen Personennahverkehr und der Schwierigkeit, den Wohnraum zu wechseln, entstehen zudem oft sehr lange Arbeitswege. Oft liegen Landeseinrichtungen und kommunale Unterbringungseinrichtungen in den Randbezirken von Städten, die nicht immer an den öffentlichen Personennahverkehr angebunden sind.

Selbst wenn ein Veränderungswille bei den Menschen vorhanden ist, wird dieser Wille oft durch Unkenntnisse über Ansprüche auf Sprachkurse, fehlende Sprachzertifikate, nicht anerkannte bzw. fehlende und/oder unzureichende Schul- und Berufsabschlüsse oder persönliche Hindernisse wie Erkrankungen gebremst. Bei vielen Personen führen zudem Unklarheiten des Aufenthaltsstatus, Probleme mit Passpapieren oder eine drohende Abschiebung zu einer dauerhaften psychischen Belastung. Verstärkte Hilfs- und Hoffnungslosigkeit bedingen den Wunsch nach Verdrängung und Betäubung dieser Gefühle, weshalb einige Menschen z.B. zu Alkohol greifen.

³ Viele Menschen, die sich auf dem Kesselbrink aufhalten, kommen u. a. aus Westafrika (beispielsweise Guinea, Guinea-Bissau, Mali), Ostafrika (z.B. Somalia, Eritrea), den Maghreb-Staaten, aber auch osteuropäischen Ländern.

Erfolgsversprechend ist eine enge Begleitung der Menschen und intensiver regelmäßiger Kontakt mit individuellen Absprachen. Termine in den Abendstunden werden häufiger wahrgenommen. Die niedrighschwellige Erreichbarkeit am Kesselbrink über das sog. „mobile Wohnzimmer“ – ein offenes Angebot mit Afrika Wakati e.V. – ermöglicht es den Klient*innen, bei Bedarf erneut Kontakt aufzunehmen. Das Angebot stellt durch mobiles Mobiliar eine Art „Wohnzimmeratmosphäre“ her. Neben „Kontakttools“, über die die Streetworker*innen mit den Menschen leichter in Kontakt treten können, wie z. B. Getränken oder Snacks, werden auch Fuß-, Volley- und Federbälle als Gesprächsöffner genutzt. Einige Kontakte, die über das mobile Wohnzimmer entstanden sind, werden nun regelmäßig zur Refugee Law Clinic begleitet, einer studentischen Beratungsstelle der Universität Bielefeld zu rechtlichen Ansprüchen von geflüchteten Menschen. Der Erfolg der Arbeit zeigt sich nicht nur in der erfolgreichen Vermittlung, sondern auch im Aufrechterhalten tragfähiger Beziehungen über längere Zeiträume. Dennoch kann Streetwork lediglich einen geringen Teil der Menschen nachhaltig unterstützen.

3.2 Zukunft im Blick: Perspektiven junger Menschen

Junge Erwachsene suchen vor allem zu zwei Themen Rat bei den Streetworker*innen: Arbeit und Wohnen. Der Kontakt ist häufig geprägt von einer großen Unzufriedenheit mit der aktuellen Situation und der Schwierigkeit, daran etwas zu ändern. Seltener kommen akute Nöte auf, wie Obdachlosigkeit oder Geldnot aufgrund von fehlendem Einkommen. Die klassische sozialarbeiterische Unterstützung bei diesen Themen ist schwierig. Junge Erwachsene, die über häufig beengten Wohnraum verfügen oder aufgrund von Schwierigkeiten bei Zusammenleben aus dem Elternhaus ausziehen müssen und sich somit eine Veränderung wünschen, sind in der Regel auf sich selbst gestellt. Sie müssen eigenständig auf dem freien Wohnungsmarkt nach einer Wohnungsalternative für sich suchen. Für junge Erwachsene ist dies eine große Herausforderung, da sie selten über Rücklagen für Kautionen verfügen, sie als weniger verlässlich und eigenständig wahrgenommen werden und sie als Auszubildende oder Berufseinsteiger*innen über ein geringes Einkommen verfügen. Erschwerend kommen befristete Arbeitsverträge und/oder nicht ausreichende Deutschkenntnisse hinzu.



Kesselbrink

Beim Thema Arbeit gestaltet es sich ähnlich: Schwierige Grundvoraussetzungen und mangelnde Ressourcen führen zu geringeren Chancen und eigener Unzufriedenheit bei der beruflichen Orientierung, Abbrüchen z.B. von Ausbildungen und Perspektivlosigkeit. Zu den mangelnden Ressourcen zählen häufig fehlende Deutschkenntnisse oder nicht vorhandene Sprachzertifikate, fehlende Schulabschlüsse bzw. nicht erfüllte Zugangsvoraussetzungen für Ausbildungen oder finanzielle Zwänge und Verbindlichkeiten, die es verhindern, eine Ausbildung zu beginnen. Die ausgeübten Tätigkeiten sind zumeist im Niedriglohnsektor angesiedelt, befristete Verträge sind die Regel und durch das Angewiesensein auf öffentliche Verkehrsmittel, kommen häufig lange Wege zur Arbeit hinzu.

Ein Erfolg der Streetworker*innen ist es, dass sich die jungen Erwachsenen regelmäßig melden und der Kontakt nicht abbricht. Die Streetworker*innen treffen oft verdeckt wohnungslose Menschen, die z.B. bei Bekannten unterkommen, jedoch keine eigene Meldeadresse haben. In diesen Fällen ist es möglich, präventiv – also noch bevor sich die Situation verfestigt oder die Menschen obdachlos werden – eine Anbindung an weiterführende Hilfen, wie den Sozialdienst von Bethel.regional, das Case Management der AWO (Nice One) oder die Jugendberufshilfe der Rege (Projekte Just Best und WinWin) zu erreichen.

Aufsuchende Arbeit in der Innenstadt: Hürden und Chancen

4.1 Lebensrealitäten von EU-Bürger*innen in Bielefeld

Grundsätzlich bewegen sich Personen, die beispielsweise aus Polen nach Deutschland einreisen, im rechtlichen Rahmen des Freizügigkeitsgesetzes. EU-Bürger*innen dürfen sich länger als drei Monate in einem anderen EU-Staat aufhalten, wenn sie dort arbeiten oder selbständig sind, Arbeit suchen und eine realistische Aussicht auf eine Stelle haben, oder wenn sie nicht erwerbstätig sind, aber über ausreichende finanzielle Mittel und eine Krankenversicherung verfügen. Studierende und Auszubildende fallen ebenfalls darunter. Nach fünf Jahren Aufenthalt besteht ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht ohne weitere Voraussetzungen⁴.

Jährlich besteht in Bielefeld zu ca. 30 – 60 Personen regelmäßiger Kontakt, die ohne Anspruch auf Leistungen, Unterbringung und weitere Hilfen auf der Straße

leben. Es handelt sich überwiegend um Personen, die einer nicht angemeldeten oder nicht ordnungsgemäß dokumentierten Erwerbstätigkeit nachgegangen sind. Die Beschäftigungsverhältnisse waren zudem häufig von kurzer Dauer, sodass im Anschluss kein Anspruch auf Sozialleistungen bestand.

Viele der Betroffenen wurden bereits in ihrem Herkunftsland oder nach ihrer Ankunft in Deutschland durch vermeintlich seriöse Arbeitsangebote angeworben. Dabei gingen sie davon aus, einen rechtsgültigen und abgesicherten Arbeitsvertrag abgeschlossen zu haben. Tatsächlich wurden sie jedoch über die Arbeitsbedingungen getäuscht. In vielen Fällen bestand kein wirksames Beschäftigungsverhältnis, sodass weder ein sozialversicherungspflichtiger Vertrag noch ein entsprechender Versicherungsschutz vorlag. Das führt im Einzelfall erneut zu einer prekären Situation. Streetworker*innen können hier lediglich überlebenssichernde Hilfen anbieten. Zur Überlebenssicherung können die betroffenen Menschen eine niedrigschwellige



⁴ Europäische Union (2004): Richtlinie 2004/38/EG des europäischen Parlaments und des Rates

medizinische Versorgung für Menschen ohne Krankenversicherung (Streetmed), den Tagesaufenthalt (Kava), das Drogenhilfzentrum sowie kurzzeitige Übernachtungsmöglichkeiten in Notunterkünften in Anspruch nehmen. Die grundlegende Situation ändern Streetworker*innen nicht, siehe hierzu *Fallbeispiel B: Herr Bartosz (Name anonymisiert)* und *Fallbeispiel C: Zwei polnische Frauen* beschrieben.

Auf Wunsch unterstützen die Streetworker*innen auch bei der Organisation der Rückkehr in das Herkunftsland, beispielsweise durch Hilfe bei der Beantragung von Reisedokumenten über das zuständige Konsulat. Oft sind die Menschen mit den Bahnverbindungen zu den Konsulaten überfordert und finden sich in den Städten, in denen sich die Konsulate befinden, schlecht zurecht. Dadurch ist nur ein kleiner Teil der Konsultatsbesuche erfolgreich. Oft ist eine enge Begleitung nötig, beispielsweise aufgrund zusätzlicher Faktoren, wie einer Suchterkrankung. Diese kann jedoch nicht durch die Streetworker*innen geleistet werden. Ergänzend nehmen die Fachkräfte Kontakt zu Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe im Herkunftsland auf, um über dortige Unterstützungsangebote zu informieren. Häufig ist es schwer, verschiedene Anliegen zu koordinieren und die betroffenen Personen immer wieder zu erreichen, da sie keine feste Unterkunft haben. So kommt es dazu, dass Termine und Absprachen, z.B. für die Rückreise, nicht eingehalten werden. Trotz der Hilfen bleiben viele EU-Bürger*innen in Bielefeld obdachlos.

4.2 Obdachlosigkeit: Herausforderungen und Bedarfe in Bielefeld

Menschen, die das bestehende Hilfesystem nicht selbstständig aufsuchen oder bislang nicht an dieses angebunden sind, werden durch die Streetworker*innen aufgesucht. Trägerübergreifend sind es mehrere Personen pro Woche, die neu in eine prekäre Lebenslage geraten bzw. sichtbar für die Streetworker*innen werden. Dies betrifft obdachlose Personen – häufig mit unbehandelter psychischer Erkrankung – aus dem Bielefelder Stadtgebiet und Personen, die aus dem Bielefelder Umland stammen und sich temporär oder längerfristig in Bielefeld aufhalten. Gründe für letztgenannte Ortswechsel sind häufig bereits bestehende soziale Kontakte, die bessere Infrastruktur sowie die Verfügbarkeit von Drogen – wie in vielen anderen Großstädten auch. Ursächlich für die beschriebene Lebenslage ist häufig eine psychische Erkrankung, die den Erhalt mietvertraglich abgesicherten Wohnraums erschwert oder gar unmöglich macht. Da in Notunterkünften eine Unterbringung in Mehrbettzimmern üblich ist, nutzen viele Menschen mit psychischer Erkrankung diese nicht, da häufig Konflikte auftreten. Diese Konflikte treten z.B. durch Drogenkonsum und krankheitsbedingt herausforderndes Verhalten auf.

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor für eine nachhaltige Unterstützung besteht darin, die Geschwindigkeit von Veränderungsprozessen an den individuellen Möglichkeiten, Ressourcen und Fähigkeiten der Person auszurichten. Beziehungsaufbau und Vertrauensentwicklung benötigen Zeit, mitunter mehrere Jahre. Dies kann bedeuten, dass mehrere Kontaktversuche notwendig sind, beispielsweise durch wiederholtes Aufsuchen desselben Ortes, bis eine tragfähige Vertrauensbasis entsteht. Diese Geduld ist Voraussetzung dafür, dass weiterführende Unterstützungsangebote überhaupt angenommen werden können. Häufige Begleitungen in die Notunterkünfte schaffen Vertrauen.



Handlungsempfehlungen für eine wirksame Unterstützung

Die Handlungsempfehlungen leiten sich aus den vorab beschriebenen Chancen und Herausforderungen in der Arbeit mit den verschiedenen Zielgruppen ab. Konkret benennt das Kooperationsmodell Streetwork zielgruppenübergreifend Empfehlungen, die im Folgenden erläutert werden.

Das Züricher Modell als Vorbild für Bielefeld

Der Kreislauf aus Beschaffung und Konsum prägt den Alltag vieler Betroffener und erschwert die nachhaltige Stabilisierung. Es braucht geschützte Orte, an denen Beschaffung und Konsum unter sicheren und begleiteten Bedingungen stattfinden können, um Risiken zu verringern und Zugang zu Hilfen zu ermöglichen. Durch entsprechende Toleranz und begleitete Maßnahmen an einem alternativen Orte ließe sich die Offene Drogenszene am Bahnhof tatsächlich entzerren und verlagern. In Zürich wird der Ansatz, entsprechende Toleranzräume im Zusammenhang mit Einrichtungen zu schaffen, erfolgreich umgesetzt. Erst durch die Schaffung von Alternativen für den Konsum und Handel mit geringen Mengen unter Konsument*innen lässt sich eine Verdrängung größerer Drogenszenen aus dem öffentlichen Raum ermöglichen. In Deutschland haben sich zuletzt die Großstädte Köln und Düsseldorf zusammengetan, um sich für die Prüfung entsprechender Modellvorhaben einzusetzen⁵.

Aufbau einer nächtlichen Anlaufstelle für suchterkrankte Menschen

Der zunehmend problematische Crack-Konsum verschärft die Lage weiter: tagelanger Schlafmangel verbunden mit einem fehlenden Tag-/Nachtrhythmus, körperliche Erschöpfung und psychische Belastungen führen zu einer sichtbaren Verelendung und erhöhen die Gesundheitsgefährdung erheblich. In diesem Kontext können Anlaufstellen, die Tag und Nacht geöffnet



Kava – Treffpunkt für Menschen in besonderen Lebenslagen

haben und eine Möglichkeit des Aufenthalts bieten, die Situation für die Menschen verbessern, da diese nicht mehr auf den öffentlichen und halböffentlichen Raum (Parkhäuser, Hauseingänge etc.) angewiesen sind. Über solche Angebote ließe sich der Kontakt zu den Menschen intensivieren, die akut weniger Hilfen in Anspruch nehmen.

⁵ <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kampf-gegen-drogenszene-die-buerger-erwarten-dass-ihre-stadt-probleme-in-den-griff-berkommt-accg-200939569.html> (abgerufen am 01.07.2026).

Ermöglichung von frühzeitigen und begrenzten Zugängen zu Hilfen für EU-Bürger*innen zur Perspektivklärung

In der Arbeit mit EU-Bürger*innen zeigt sich, dass eine Perspektivklärung aufgrund der unsicheren Lebenslage oft unzureichend gelingt. Insbesondere die Möglichkeiten einer Rückreise in das Heimatland sowie die Prüfung, ob ggf. ein Sozialleistungsanspruch besteht, gelingt aus der Obdachlosigkeit heraus selten. Eine kurzzeitige Unterbringung kann dafür sorgen, dass die betreffenden Personen regelmäßiger angetroffen werden, Absprachen und Termine häufiger eingehalten werden und die Menschen besser unterstützt werden können. Eine frühzeitige Unterstützung und direkte Vermittlung durch Streetworker*innen an das Hilfesystem könnte daher die Verfestigung von Obdachlosigkeit oder Perspektivlosigkeit verhindern. Hierzu wäre den Menschen ein zeitlich begrenzter Zugang zu Unterstützungsleistungen zu gewähren, damit sie beispielsweise erneut Arbeit finden oder die Rückreise in ihr Heimatland organisieren können. Eine dauerhafte Unterbringung oder langfristige Unterstützung ohne den gesetzlichen Anspruch auf finanzielle Leistungen ist nicht möglich, da das Hilfesystem sonst überlastet würde.

Begleitung von EU-Bürger*innen zu Konsulaten mit dem Ziel, die Rückkehr in das Heimatland zu ermöglichen

Um EU-Bürger*innen bei der freiwilligen Rückkehr in ihr Herkunftsland zu unterstützen, soll die Möglichkeit einer ehrenamtlichen Begleitung zu Konsulaten geprüft werden. Hierfür bietet sich eine Zusammenarbeit mit Vereinen und Initiativen an, die bereits erfolgreich mit Ehrenamtlichen arbeiten und in enger Kooperation mit der kommunalen Streetwork stehen. Die Begleitung umfasst die Unterstützung bei der Anreise, der Orientierung vor Ort sowie der Wahrnehmung des Termins zur Beantragung von Ausweisdokumenten. Auch wenn ein solcher Einsatz im Einzelfall mit einem hohen zeitlichen Aufwand verbunden ist, wirkt er in vielen Fällen präventiv: Durch die Wiederbeschaffung notwendiger Ausweisdokumente bleiben Rückkehrperspektiven realistisch und umsetzbar. So kann verhindert werden, dass sich die Lebenssituation wohnungsloser EU-Bürger*innen weiter verfestigt und sie mangels Rückkehroption dauerhaft auf der Straße in Bielefeld verbleiben. Gleichzeitig werden die Fachkräfte der Streetwork entlastet, da sie diese zeitintensiven Begleitungen außerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs nicht selbst übernehmen müssen.

Bedarfsgerechte Unterbringung psychisch- und suchterkrankter Personen

Für Menschen mit psychischen Erkrankungen und Obdachlosigkeit werden fortlaufend Wohn- und Unterbringungsmöglichkeiten benötigt, die auf ihre unterschiedlichen Problemlagen zugeschnitten sind. Besonders im Bereich der Notunterkünfte ist der Bedarf für eine Unterbringung, die gezielt auf die Bedürfnisse von Menschen mit psychischen- oder Suchterkrankungen eingehen, hoch. Die Streetworker*innen bemühen sich, den Personenkreis in die besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe zu vermitteln. Für einige Personen ist dies kaum möglich, da sie sich z.B. dem regelmäßigen Kontakt zu Betreuer*innen entziehen. Einrichtungen wie z.B. die Ernst-Rein-Straße bieten den Personen die Möglichkeit, die Obdachlosigkeit zu überwinden, einen Rückzugsraum zu haben, nach Bedarf mit Sozialarbeit in den Kontakt zu treten und aus dieser Situation eine Perspektive bezüglich der zukünftigen Wohnform zu entwickeln.



Verbesserung von Zugängen zu Wohnraum und Ausbau von Modellen für „Housing First“

Streetworker*innen und weitere vermittelnde Stellen eignen sich, um innerhalb der Zielgruppen diejenigen zu identifizieren, die möglichst dabei unterstützt werden sollten, eine eigene Wohnung zu finden. Hierzu zählen beispielsweise junge Erwachsene, bei denen verhindert werden sollte, dass sie Erfahrungen in Notunterkünften machen müssen, sowie Langzeitwohnungslose, bei denen eine erfolgreiche Behandlung ihrer Suchterkrankung möglich ist. In diesen Fällen ist ein Ausbau des „Housing First“-Ansatzes zu empfehlen, da es hierbei zunächst um die Absicherung des Wohnraums geht und auf dieser Basis soziale Unterstützung erfolgreich sein kann. Aktuell fehlt es jedoch an ausreichend zur Verfügung gestelltem Wohnraum.

Der Zugang zu Wohnraum für die Zielgruppen der Streetworker*innen kann nur auf struktureller Ebene langfristig verbessert werden. Neben einigen erfolgreichen Modellen in Bielefeld ist eine weiterführende Strategie in Zusammenarbeit mit verschiedenen Wohnungseigentümer*innen und Wohnbaugesellschaften erforderlich. In einer kooperativen Lösung könnten mit diesen Akteuren verschiedene Instrumente wie Kontingente, Quoten und Belegungsrechte bei gefördertem Wohnraum einen Teil des Wohnungsmarktes auch für besonders benachteiligte Menschen öffnen. Gleichzeitig sind jedoch auch ein soziales Netz, auffangende Strukturen sowie Sicherheiten für die Wohnungseigentümer*innen und Wohnbaugesellschaften notwendig.

Der vorliegende Bericht bietet einen aktuellen Einblick in die Erkenntnisse und Entwicklungen der Bielefelder Streetworker*innen und macht zentrale Bedarfe und Herausforderungen sichtbar. Er bildet eine wichtige Grundlage, um das Bielefelder Hilfesystem weiterzuentwickeln und es passgenau auf aktuelle Anforderungen auszurichten.

Im Jahr 2026 sind die Belastungen der Zielgruppen weiterhin angestiegen – und damit auch die Aufgaben der Streetworker*innen. Aktuell werden im Bahnhofsumfeld in den Streetwork-Einsätzen bis zu 90 Personen angetroffen, von denen über die Hälfte nicht aus Bielefeld kommen. Viele Menschen müssen aufgrund der körperlichen Folgen ihrer Suchterkrankung versorgt werden, zudem kommt es immer wieder zu eskalierenden Auseinandersetzungen.

Die Erfahrungen der Streetwork machen deutlich, dass die bestehenden Hilfesysteme an mehreren Stellen weiterentwickelt werden müssen, um Wohnungslosigkeit, Suchterkrankungen und psychische Belastungen wirksam zu bearbeiten. Besonders folgende Maßnahmen erscheinen erforderlich:

- Schaffung geschützter und begleiteter Orte für Beschaffung und Konsum, um Risiken zu reduzieren, den Zugang zu Hilfen zu verbessern und die Belastung bestehender Brennpunktorte zu verringern.
- Einrichtung einer niedrighschwelligen Anlaufstelle mit Aufenthaltsmöglichkeit auch in den Nachtstunden, insbesondere für Menschen mit Suchterkrankungen und fehlendem Tag-Nacht-Rhythmus.
- Gewährung zeitlich begrenzter Unterstützungsleistungen und Unterbringungsmöglichkeiten für obdachlose EU-Bürger*innen, um Perspektiven zu klären, Sozialleistungsansprüche zu prüfen sowie Arbeitsaufnahme oder Rückreise zu ermöglichen.
- Aufbau ehrenamtlicher Begleitstrukturen für Konsultatsbesuche von EU-Bürger*innen in Kooperation mit bestehenden Trägern des Ehrenamts, um Rückkehrperspektiven zu sichern und einer Verfestigung von Wohnungslosigkeit präventiv entgegenzuwirken.
- Ausbau bedarfsgerechter Unterbringungsangebote für psychisch- und suchterkrankte Menschen, die den unterschiedlichen Unterstützungsbedarfen dieser Personengruppen gerecht werden.
- Ausbau von Housing-First-Ansätzen für Personen, bei denen durch die Sicherung von Wohnraum eine nachhaltige Stabilisierung erreicht werden kann.
- Verbesserung der Zugänge zu Wohnraum durch verbindliche Kooperationen mit Wohnungsbau-gesellschaften und privaten Vermieter*innen, beispielsweise über Kontingente, Belegungsrechte oder Quoten im geförderten Wohnungsbau.
- Aufbau verlässlicher sozialer Begleitstrukturen, die sowohl die betroffenen Menschen als auch Vermieter*innen bei der Wohnraumversorgung unterstützen.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen kann dazu beitragen, soziale Ausgrenzung und Verelendung zu reduzieren, die Inanspruchnahme von Hilfen zu verbessern und langfristige Perspektiven für besonders benachteiligte Menschen zu schaffen.

Aufgrund des steigenden sehr hohen Anfrageaufkommens und des Interesses an der Arbeit der kommunalen Streetworker*innen von politischen Vertreter*innen, der Presse, Initiativen, Studierenden und weiteren Interessierten in den vergangenen sechs Monaten (15 Anfragen zu Hospitationen und Praktika, drei Presseanfragen, sieben Anfragen von Studierenden/Lehrenden an Hochschulen, mehrere Anfragen in politischen Gremien und zwei darüber hinausgehende Nachfragen politischer Vertreter*innen) werden diese Anfragen im Rahmen einer öffentlichen Sprechstunde gebündelt. Die Streetworker*innen beantworten hier die Fragen von Interessierten und klären im persönlichen Gespräch über ihre Arbeit auf. So soll ressourcensparend sichergestellt werden, dass alle Interessierten den Dialog mit den Streetworker*innen aufnehmen können, da das hilft, Stigmatisierungen der Zielgruppen von Streetwork abzubauen. Die Einladung zu dieser Sprechstunde wird online und auf Social Media (Instagram: [streetwork_bielefeld](#)) zu finden sein.

Anhang:

Ergänzende Eindrücke aus Fallbeispielen

7.1 Fallbeispiel 1: Herr Shevchenko (Name anonymisiert)

Herr Shevchenko ist ukrainischer Staatsbürger und hält sich seit Anfang Dezember 2023 am Bielefelder Hauptbahnhof auf. Dort haben ihn die städtischen Streetworker*innen gemeinsam mit dem Streetworker der Bahnhofsmission im Umfeld des Bielefelder Hauptbahnhofes kennengelernt.

Herr Shevchenko ist geflüchtet, suchtkrank, stark mobilitätseingeschränkt, spricht kein Deutsch, hat weitere körperliche Erkrankungen, zeigt psychische Auffälligkeiten und ist allein in Bielefeld – eine sehr komplexe problembehaftete Lebenslage. Sein Lebensmittelpunkt ist mittlerweile der Hauptbahnhof in Bielefeld geworden, trotz Zuweisung (zur Unterbringung) in einer anderen Kommune. Er schafft die Wege zu Behörden in der zuständigen Kommune nicht allein und konnte sich aufgrund der Sprachbarriere und Mobilitätseinschränkung nicht zurechtfinden. Laut Herrn Shevchenko gab es für ihn in der ursprünglich zuständigen Kommune keine Unterstützung, damit er sich zurechtfinden könnte. Aufgrund der Zuweisung zur benachbarten Kommune hat er nur dort die Möglichkeit, ein Zimmer zu erhalten – jedoch nicht in Bielefeld.

Nach mehreren Kontaktaufnahmen durch die Streetworker*innen zu Herrn Shevchenko gelang es, gemeinsam mit einem Sprachmittler des Kommunalen Integrationszentrums intensiveren Kontakt herzustellen, da eine Unterstützung zunehmend nötig war. Durch die Sprachmittlung gelang ein gewisser Vertrauensaufbau und es entstand die Bereitschaft, sich auf Hilfsangebote einzulassen. Da Herr Shevchenko mehrere offene Wunden an Armen und Beinen hatte, fand zunächst eine Anbindung an das Angebot der aufsuchenden Gesundheitsvorsorge Streetmed von Bethel.regional statt. Zudem konnte durch den Sozialdienst von Be-

thel.regional, ein Kontakt zu der zugewiesenen Kommune hergestellt werden. Gemeinsam wurde nach Lösungen gesucht, um Herrn Shevchenko entsprechend seinen Bedarfen zu unterstützen.

Deutlich wurde, dass er nicht in die Kommune zurückkehren wird, da sein Lebensmittelpunkt Bielefeld ist. So fand eine postalische Anmeldung beim Sozialdienst statt. Die Mitarbeiterin des Sozialdienstes fungierte nun als Ansprechpartnerin für diverse Kliniken, in denen sich Herr Shevchenko aufgrund seines kritischen Gesundheitszustandes befand. In einer Klinik in einer anderen Stadt, wo er zwischenzeitlich behandelt wurde, wurde im Eilverfahren eine gesetzliche Betreuung installiert. In Absprache mit den Ausländerbehörden der Kommune, die für ihn zuständig ist und der Ausländerbehörde Bielefeld konnte erreicht werden, dass die Stadt Bielefeld aufgrund einer humanitären Notlage nach § 25 Abs. 4 S. 1 AufenthG (vorübergehender Aufenthalt aus humanitären Gründen) für Herrn Shevchenko zuständig wurde, um ihn besser medizinisch zu unterstützen und sein Leben zu retten. Somit erhielt er in Bielefeld einen Anspruch auf Sozialleistungen, womit eine Krankenversicherung einherging.

Nach einem langen Aufenthalt in der Universitätsklinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Evangelischen Klinikums Bethel für akute stationäre Behandlung (Gilead IV) erhielt Herr Shevchenko einen Platz in der stationären Wohnungslosenhilfe in Bielefeld (§§67 – 69 SGB XII Hilfen für Menschen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten).

In diesem komplexen Fall konnten die Streetworker*innen trotz erschwerter Bedingungen und unklaren Zuständigkeiten erfolgreich die Brücke in das Hilfesystem bauen. Das verdeutlicht die Notwendigkeit individueller Entscheidungen und kooperativer Lösung in diesem System. Außer den Streetworker*innen hat sich niemand für ihn zuständig gefühlt. Ohne die wiederholte Ansprache der Streetworker*innen hätte sich der Gesundheitszustand von Herrn Shevchenko weiter verschlechtert.

7.2 Fallbeispiel 2: Herr Bartosz (Name anonymisiert)

Herr Bartosz, polnischer Staatsangehöriger, lebt seit mehreren Jahren obdachlos in Bielefeld. Im Rahmen eines niedrigschwelligen Angebots kam er auf einem öffentlichen Platz erstmals mit den Streetworker*innen in Kontakt. Durch die polnischen Sprachkenntnisse einer Streetworkerin konnten seine Anliegen adäquat erfasst und bearbeitet werden.

Herr Bartosz wies eine behandlungsbedürftige Wunde auf, die regelmäßig versorgt werden musste. Aufgrund des fehlenden Krankenversicherungsschutzes war er auf die niedrigschwellige medizinische Versorgung Streetmed angewiesen. Durch die enge Begleitung der Streetworker*innen sowie die koordinierte Zusammenarbeit im Netzwerk konnte Herr Bartosz während der Heilungsphase zur Überlebenssicherung und nach mehreren Abspracheversuchen in einer Notunterkunft untergebracht werden. Dies ermöglichte ihm, die Wunde zu schonen und sich zu regenerieren, wodurch sich sein gesundheitlicher Zustand deutlich verbesserte.

Aus sozialarbeiterischer Perspektive verdeutlicht der eingeschränkte Zugang zu Hilfesystemen für nicht in Bielefeld gemeldete Personen die hohe Bedeutung dieser niedrigschwelligen Angebote für die Zielgruppen. Streetworker*innen sind gefordert, innerhalb der bestehenden strukturellen Rahmenbedingungen passgenaue Formen der Überlebenssicherung zu organisieren und den Zugang zu grundlegenden Unterstützungsleistungen zu ermöglichen. Dies funktioniert nicht in allen Fällen, da der Zugang in das Bielefelder Hilfesystem nicht immer gelingt. Jedoch lassen sich in Einzelfällen auch immer wieder individuelle Lösungen ermöglichen.

7.3 Fallbeispiel 3: Zwei polnische Frauen

Die beiden Frauen reisten mit der Absicht nach Deutschland, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Ihnen wurden über Kontakte sowohl eine Arbeitsstelle als auch Wohnraum in Aussicht gestellt. Nach ihrer Ankunft in Bielefeld stellte sich jedoch heraus, dass die getroffenen Vereinbarungen nicht eingehalten wurden, sodass die Frauen obdachlos wurden.

Das Leben auf der Straße ist insbesondere für die Frauen mit erheblichen Gefahren verbunden.

Den beiden Frauen wurden persönliche Wertgegenstände und Papiere gestohlen, wodurch sowohl eine erneute Arbeitsaufnahme als auch eine Rückreise nach Polen erschwert waren. Darüber hinaus machten sie Gewalterfahrungen, die zu einem ausgeprägten Misstrauen gegenüber neuen Bezugspersonen führten.

Über die polnischen Sprachkenntnisse der Streetworker*innen, sowie den Tagesaufenthalt von Bethel regional kamen die Frauen schließlich in Kontakt mit den Sozialarbeiterinnen. Durch den regelmäßigen Austausch konnte schrittweise eine Vertrauensbasis aufgebaut werden.

Erst nach mehreren Absprachen und aufgrund der Überlebenssicherung ermöglichte die enge Zusammenarbeit von Streetworker*innen und dem Hilfesystem den Frauen den Zugang zu einer Unterkunft. In diesem geschützten Rahmen konnten weitere Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten gemeinsam mit den beiden erarbeitet werden.

Das Beispiel verdeutlicht, dass viele Menschen mit konkreten Erwartungen und Hoffnungen nach Deutschland einreisen. Fehlende oder unzureichende Aufklärung seitens vermittelnder Organisationen oder Arbeitgeber*innen kann jedoch dazu führen, dass sie in prekäre Lebenslagen geraten und Gefühle von Perspektivlosigkeit hervorgerufen.

Impressum

Herausgegeben von:



Stadt Bielefeld
Büro für Sozialplanung

Streetwork

Neues Rathaus
Niederwall 23, 33602 Bielefeld
Web: www.bielefeld.de
E-Mail: streetwork@bielefeld.de

Verantwortlich für den Inhalt: Silke Aron
Stand: August 2026
Bilder: Stadt Bielefeld
Gestaltung und Druck: Druckservice Bielefeld

In Kooperation mit:

